



Kraemers Klartext

Cross-Asset- und Strategy-Research

20 Jahre EU-Osterweiterung

Ein Grund zum Feiern

Vor 20 Jahren hat die EU einen großen Schritt nach vorne getan. Am 1. Mai 2004 traten zehn Länder dem Bündnis bei – darunter acht ehemals kommunistisch regierte Staaten in Osteuropa – und führten zur größten Expansion der Union seit ihrer Gründung. Über 70 Millionen Menschen stießen zum gemeinsamen Markt der EU hinzu, die EU-Gesamtbevölkerung wuchs auf einen Schlag um ein Fünftel. Drei Jahre später folgten Bulgarien und Rumänien, 2013 schließlich Kroatien. Heute zählt die EU 28 Staaten mit insgesamt rund 450 Millionen Einwohnern.

Damals gab es viel Jubel. Schließlich war der Beitritt früherer Sowjetrepubliken und Warschauer-Pakt-Staaten ein Riesenschritt auf dem Weg zur Einigung Europas. Aber es gab auch Vorbehalte. Vor allem fürchteten die Altstaaten, dass Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsländern den westeuropäischen Arbeitsmarkt schwemmen und zum sozialen Sprengstoff werden könnten. Um dem zu begegnen, nutzten die meisten alten Mitglieder Übergangsfristen – auch Deutschland, nicht aber Großbritannien. Bis zu sieben Jahre waren Arbeitnehmer aus Polen & Co. von der Freizügigkeit am Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Unverzichtbar nicht nur im Pflegebereich

Aus heutiger Sicht waren die Sorgen unberechtigt. Mittlerweile arbeiten etwa [820 Tausend](#) Staatsbürger aus den damaligen Beitrittsländern in Deutschland, zwei Drittel von ihnen stammen aus Polen. Das sind 2,4 % aller Beschäftigten. Da wir dennoch täglich das Klagelied des Arbeitskräftemangels vernehmen, sind wohl eher zu wenige zu uns gekommen.

Statt deutsche Arbeitskräfte zu verdrängen, haben die Beitrittsländer dazu beigetragen, unseren Arbeitsmarkt am Laufen zu halten. Jeder, der Verwandte in häuslicher Pflege hat, weiß nur

Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

3. Mai 2024

2004: Historische Erweiterung

Beschäftigung in Deutschland nach Anforderungsprofil (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, [Ifo-Institut](#), LBBW Research

zu genau: Ohne die Migration aus Polen und Rumänien wären wir schon lange aufgeschmissen. Und das ist durchaus typisch, denn die Arbeitskräfte aus dem Osten sind in erster Linie in den Bereichen tätig, die hierzulande wegen geringer Entlohnung oder harter Arbeitsbedingungen unbeliebt sind (siehe Grafik). Aus den positiven Erfahrungen hat die Politik gelernt: Als Kroatien 2013 beitrug, betrug die Übergangsfrist nur noch zwei Jahre.

Den Osten gewonnen, Großbritannien verloren

Wir haben allerdings auch einen Preis gezahlt. Denn die gefühlte (und bewusst geschürte!) Sorge in Großbritannien, dass Polen und Litauer den Briten die Jobs stehlen, führte letztlich zum Brexit. Ein herber Verlust. Dass das Ganze nach hinten losgegangen ist und von der Insel nach und nach Osteuropäer durch Immigranten aus Übersee ersetzt werden, ist nur ein Teil der kolossalen Misskalkulation der EU-Ausstiegsbefürworter.

Einheit macht stark

In wenigen Wochen ist Europawahl. Ich empfehle dringend, diesen Urnengang ernst zu nehmen und nicht als Denkmittelwahl zu missbrauchen. Gerade jetzt, da in Europa wieder Krieg herrscht, können die kleinen europäischen Länder (und dazu zähle ich im globalen Kontext auch Deutschland) nur gemeinsam stark sein. Spalter wie Ungarns Premier Viktor Orbán oder bei uns die AfD mögen auf nationale Alleingänge setzen. Aber auch wenn Brüssel immer wieder vor allem mit nerviger Bürokratieverliebtheit auffällt, ist die EU für uns und unsere exportabhängige Industrie eine Versicherung für Wohlstand und Frieden.

Das gilt es zu bewahren. Und auch in Zukunft zu erweitern: Länder, die Europas rechtsstaatlichen Prinzipien erfüllen, sollen dazukommen dürfen. Das stabilisiert Anrainerstaaten und stärkt uns. Nicht nur die Ukraine soll auf einen Beitritt hoffen dürfen. Im Klartext: 20 Jahre Osterweiterung sind ein Grund zu feiern.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beachtet nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Die Angst vor Arbeitsmigration war unnötig

Europawahl ernst nehmen!
